

SOWJETZONE

KIRCHE

Getrost und fröhlich

(siehe Titelbild)

Lotte Ulbricht verschenkte Rosen und Bären aus Marzipan, ihr Ehemann verströmte landesväterliche Gunst und Güte. Mit 2000 Gästen und mit dem Besten, was Krimel und Krim zu bieten haben — Leonid Breschnew und Sekt —, feierte das schwarz-weiß gekleidete rote Herrscherpaar den 15. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik.

Drei Stunden hielt Ulbricht Hof. Zu den zahlreichen Gästen, denen er nicht die Hand zum sozialistischen Gruß bot, gehörten die drei evangelischen Kirchenführer, die an diesem Abend die rund zwölf Millionen evangelischen Christen der DDR repräsentierten:

- ▷ Friedrich-Wilhelm Krummacher, 63, Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche und Vorsitzender der DDR-Bischofskonferenz;
- ▷ Moritz Mitzenheim, 73, thüringischer Landesbischof und einziger DDR-Bischof mit dem güldenen vaterländischen Verdienstorden der DDR;
- ▷ Günter Jacob, 58, Cottbuser General-superintendent, der seit Februar 1963 das Bischofsamt im DDR-Teil der gespaltenen Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, einer der acht Landeskirchen der DDR, verwaltet**.

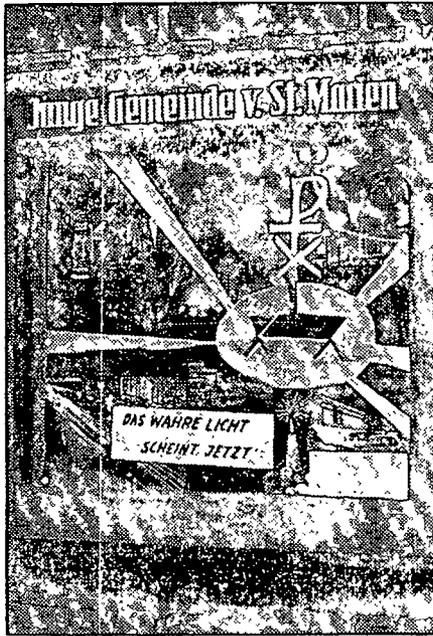
Auf dem bislang größten Fest des Arbeiter-und-Bauern-Staates fehlten die beiden in der DDR residierenden Bischöfe der katholischen Kirche, der Ost-Berliner Erzbischof Alfred Bengsch und der Meißener Bischof Otto Spülbeck, die gemeinsam mit Weihbischöfen, Kapitelsvikaren und Generalvikaren die 1,6 Millionen DDR-Katholiken regieren. Die beiden Exzellenzen waren zum Konzil nach Rom gefahren und hatten Geistliche minderen Ranges entsandt.

Aber auch die Tatsache, daß immerhin die drei bekanntesten evangelischen Kirchenführer der DDR bei dem Oktoberfest im Amtssitz Ulbrichts da-begewesen waren, vermerkte der Hofberichterstatler des Parteiblatts „Neues Deutschland“ (Schlagzeile: „Das war ein Fest!“) mit keinem Wort.

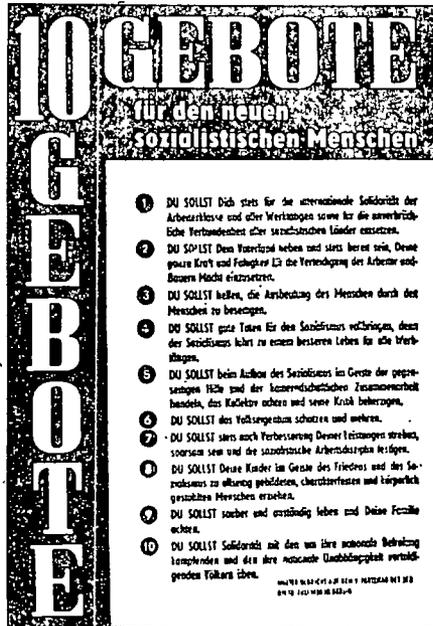
Laut „ND“ hatten sich an jenem Abend die „Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik“ versammelt, und dazu hat noch kein sozia-

* Krummacher (l.), Mitzenheim (2. v. l.) mit Politbüro-Mitglied Honecker (2. v. r.), DDR-Ministerpräsident Stoph; auf dem Staatsempfang zum 15. Jahrestag der DDR.

** Die acht Landeskirchen: Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens, Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs, Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen, Pommersche Evangelische Kirche, Evangelische Landeskirche Anhalts, Evangelische Kirche von Schlesien.



Kirchen-Schaukasten in Ost-Berlin „Sozialistisch arbeiten — ja!“



SED-Lösungen für DDR-Bürger „Sozialistisch leben — nein!“



DDR-Bischöfe, Gesprächspartner*: Ist die Ja-Nein-Formel eine Illusion?

listischer Reporter die evangelischen und katholischen Bischöfe gezählt, obwohl von den 17 Millionen DDR-Bürgern zwölf Millionen evangelisch und 1,6 Millionen katholisch sind.

Auch in der rechtzeitig zum 15. Jahrestag erschienenen offiziellen „Kurzen Geschichte der DDR“ wird kein einziger Gottesmann des Arbeiter- und -Bauern-Staates erwähnt. Die DDR, wie sie in diesem Buch geschildert wird, ist ein Staat ohne Bischöfe und Pfarrer, ohne Kirchen und Gemeinden, ohne Bibelstunden und Gottesdienste.

Tatsächlich aber gibt es nur eine Stadt (Eisenhütten-, früher StalinStadt) ohne Kirche, aber auch dort richteten sich die Christen eine Baracke für den Gottesdienst her. Und es gibt kein sozialistisches Dorf ohne Christen. Auch im 16. Jahr der Ulbricht-Republik sitzen sonntags immerhin so viele Menschen in den Kirchen wie alltags in den Versammlungen der Staatspartei.

Die Alten überwiegen, aber auch Brigadiere volkseigener Betriebe und landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, Nationalpreisträger und Verdiente Techniker des Volkes zählen zum klein gewordenen Gottesvolk. Am schwächsten vertreten ist die Generation der Zwanzig- bis Vierzigjährigen, und kaum in den Kirchen zu finden sind jene DDR-Bürger, die in den Schulen oder in staatlichen Verwaltungen arbeiten. Die wenigen unter ihnen, die in die Kirche gehen, brauchen in der Regel das Parteibuch der Ost-CDU, um sich als verlässliche Staatsdiener auszuweisen.

Doch während die meisten Genossen das große Schweigen über das christliche Leben in der DDR noch immer für ein ideologisches Erfordernis halten, weil die Kirche laut Parteidogma in der sozialistischen Gesellschaft allenfalls noch ein lebender Leichnam sein darf, sind die Parteiführer längst dabei, in ihren Sitzungen den Kirchenkurs zu revidieren und — so Chef-Ideologe Kurt Hager auf der letzten Sitzung des SED-Zentralkomitees — „eine neue Etappe“ einzuleiten.

Diese Zukunft für den „lebenden Leichnam“ hat schon begonnen:

▷ Thüringens Moritz Mitzenheim wurde auf der volkseigenen Wartburg von Ulbricht empfangen, kehrte gemeinsame humanistische Ziele der atheistischen Obrigkeit und der DDR-Christen hervor und durfte sich rühmen, die Rentner-Reisen in den Westen angeregt zu haben (SPIEGEL 38/1964).

▷ Christlichen und anderen Kriegsdienstverweigerern wurde es Anfang September offiziell erlaubt, einen waffenlosen Ersatzdienst als „Bausoldaten“ zu leisten.

▷ Kein DDR-Geistlicher sitzt noch im Gefängnis oder Zuchthaus; die letzten wurden im Spätsommer freigelassen.

▷ Pommerns Bischof Krummacher und andere Oberhirten hoben auf Tagungen ihrer Synoden, der Kirchenparlamente, hervor, daß

sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche allenthalben spürbar verbessert habe.

- ▷ Hessens Kirchenpräsident Niemöller, 1963 in der DDR unerwünscht, durfte 1964 gleich viermal in den Arbeiter- und Bauern-Staat einreisen (siehe SPIEGEL-Interview Seite 48).
- ▷ Der SED-treue „Bund evangelischer Pfarrer“ (DDR-Pastorenwitz: „Abgekürzt Bep, gesprochen wie Nepp“) wurde zurückgepfiffen, als er nach dem Mauerbau eine Staats-Kirche für die DDR forderte.

Schon heute ist allerdings sicher, daß beide Seiten, Staat und Kirche, zur Koexistenz nur in Grenzen bereit sind. Politbürokrat Hager verkündete, daß „nicht die Negation weltanschaulicher Gegensätze oder gar der Verzicht auf

▷ Spruch bei der Aufnahme von Säuglingen in die Volksgemeinschaft: „Die Arbeiter und Bauern der DDR begrüßen freudig jedes Neugeborene...“

▷ Spruch sozialistischer Eheleute: „Wir geloben, mit gemeinsam tätiger Kraft die sozialistischen Errungenschaften und die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu mehren...“

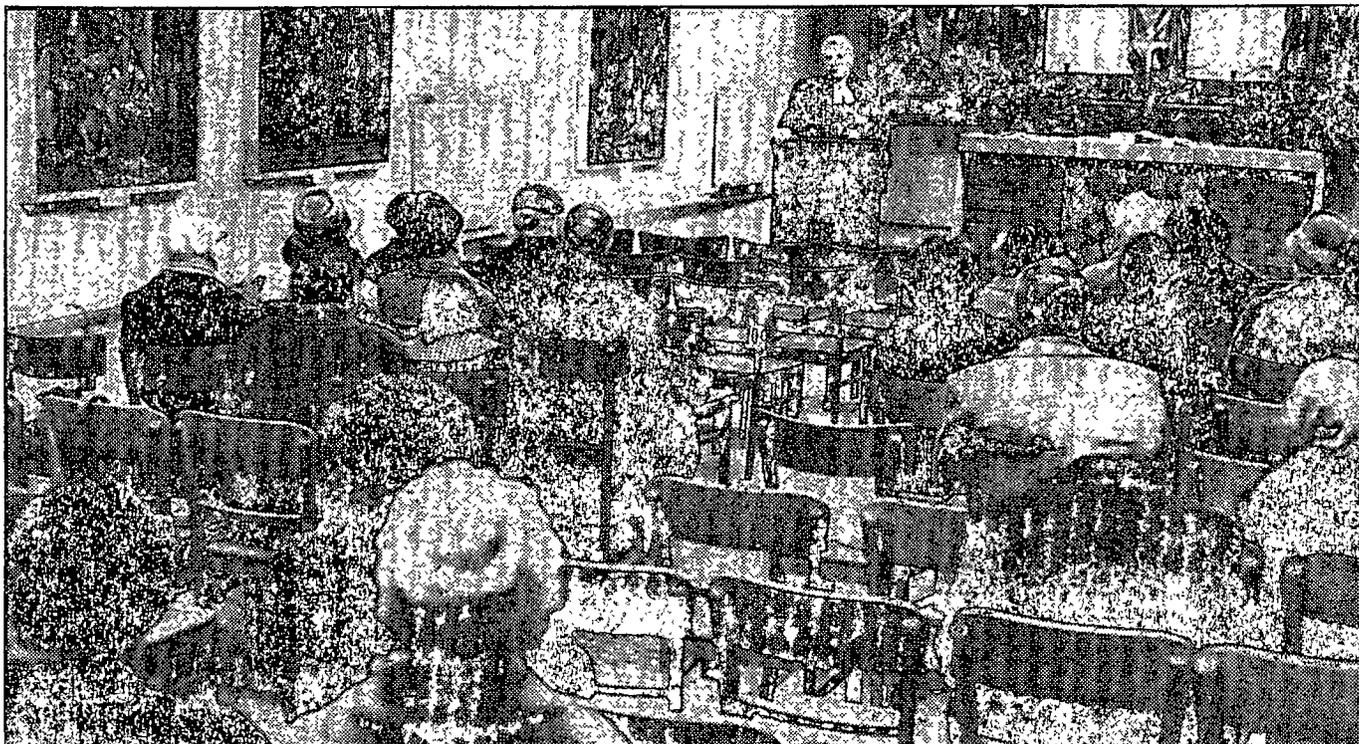
▷ Spruch der Friedhofs - Atheisten: „Der Tod eines Bürgers der DDR ist allen Bauern und Arbeitern ein schmerzlicher Verlust...“

Nur eine der fünf Weihen empfangen weitaus die meisten DDR-Insassen der entsprechenden Altersgruppe: die Jugendweihe. Acht von zehn Vierzehnjährigen werden 24 Unterrichtsstunden lang in sozialistischer Moral und marxistischer Welterkenntnis unterwiesen und geloben alsdann dem Staat, der Arbei-

Aber nicht erst unter den Vierzehnjährigen vermindert sich die Zahl der Kirchgänger. Schon vorher und auch später sondern sich viele aus der ohnehin kleinen Christenschar aus.

Mehr als die Hälfte der Kinder evangelischer Eltern wird noch getauft, wenn auch aus Städten wie Rostock (jedes vierte Kind) bedeutend niedrigere Zahlen gemeldet werden. Aber schon am fakultativen Religionsunterricht, der in der DDR „Christenlehre“ genannt und von Geistlichen außerhalb des staatlichen Unterrichts in Schulräumen erteilt wird, nimmt nur noch ein Bruchteil der getauften Kinder teil. Und auch viele Jugendliche, die sich noch für die Konfirmation entscheiden, ziehen sich dann gänzlich aus dem kirchlichen Leben zurück.

Die Zahl der Protestanten, die sich kirchlich trauen lassen, ist niedriger als



Ostdeutsche Christen beim Gottesdienst (in Ost-Berlin): Von der Volkskirche zur Kerngemeinde?

weltanschauliche Auseinandersetzungen“ auf der Tagesordnung stehen.

Weiterhin wird das Doppel-Spiel betrieben, das die Staatspartei vor zehn Jahren begann. Für jede christliche Feier schuf sie ein gottloses Gegenstück: zur Taufe die Namensweihe, zur Konfirmation die Jugendweihe, zur kirchlichen Trauung die Eheweihung, zur christlichen Bestattung die „sozialistische Beerdigung“.

Und wie die Christen haben auch die Sozialisten ihre eigenen Zehn Gebote; unter dem Beifall der Genossen verglich ein Delegierter des SED-Parteitages ihren Schöpfer Walter Ulbricht mit Moses.

Stets halten sich die Revolutionäre an die alten Riten. Wie Ulbricht seine Gebote zehnmal mit „Du sollst...“ begann, so gehört zur Namensweihe der Pate, zur Jugendweihe das Gelöbnis, zur Eheweihung der Schleier nebst Myrte, zur Grabweihe die Trauertracht des Sprechers.

Mit den alten Texten aber haben die neuen nichts gemein:

terklasse und der Sowjet-Union unverbrüchliche Treue.

Partei und Staat setzten mit massiver Propaganda und gehörigem Druck auf Eltern und Kinder durch, daß die Jugendweihe zum festen Bestandteil des DDR-Lebens wurde.

Der Widerstand der Kirchen war vergeblich. Als überall von den Kanzeln verkündet wurde, daß Konfirmation und Jugendweihe einander ausschließen, wanderten die meisten Jugendlichen aus den Gemeindegängen ab. Die Zahl der Konfirmanden ging um etwa zwei Drittel zurück. Nur in wenigen ländlichen Distrikten, etwa des Spreewalds und der Altmark, blieb sie fast auf dem alten Stand.

In den meisten Landeskirchen werden seit einigen Jahren auch sozialistisch geweihte Jugendliche noch konfirmiert — allerdings erst nach längerem Intervall, meistens ein Jahr später. Lediglich im Thüringen-Mitzenheims dürfen Jung-Christen beide Weihen im selben Jahr empfangen.

die der Konfirmanden. Erst auf den Friedhöfen wird wieder von fast allen Familien nach dem Pfarrer gerufen.

Die Entscheidung gegen die Kirche ist allerdings kein Votum für die neuen sozialistischen Bräuche. Die Mehrheit der DDR-Bürger lebt — so der Cottbuser Jacob — „in weitem Umfang jenseits der christlichen Gemeinde, (aber) gewiß nicht im Atheismus“. So begnügen sich die meisten Brautpaare mit der standesamtlichen Trauung und verzichten auf christlichen wie sozialistischen Schleier.

Mit Amtshandlungen sind die 6000 evangelischen und 1400 katholischen Geistlichen weit weniger beschäftigt als ihre westlichen Kollegen. Auch für das öffentliche Leben brauchen sie keine Zeit zu opfern. Sie werden lediglich zu politischen Veranstaltungen eingeladen, die sie — abgesehen von Staatsfesten und Aussprachen mit Staatsfunktionären — nicht besuchen wollen.

Darüber sind sich die Pfarrer beider Konfessionen mit Ausnahme einer kleinen politischen Minderheit auf evange-

lischer Seite völlig einig. Weder Drohungen noch Verlockungen bringen sie in die Lokale der Nationalen Front oder in Parteiversammlungen der CDU.

Die Kirche und ihre Amtsträger müßten es auch unterlassen, wie im März vergangenen Jahres das sächsische Kirchenparlament einstimmig beschloß, „zu bestimmten Vorschlägen, Programmen und Vorgängen im politischen Bereich Stellung zu nehmen“; dazu seien sie „von Gott nicht bevollmächtigt“. Auch als Polit-Christen 97 254 Unterschriften sächsischer Protestanten für eine Protestresolution sammelten, blieben die Kirchenparlamentarier hart: Wiederum einstimmig bestätigten sie ihren Beschluß.

Die Abneigung der politischen Funktionäre gegen die politisch enthaltenen Pastoren und Priester spiegelt sich in den sogenannten administrativen Maß-

klaffen große Lücken in fast allen Sprengeln; so sind in der Provinz Sachsen 730 von 1800 Pfarrstellen vakant (zum Vergleich: In der hannoverschen Landeskirche sind 200 von 1600 Pfarrstellen nicht besetzt).

„Finsterlinge“ allerdings sind die Pfarrer nur in dem Maße, wie von ihnen politische Bekenntnisse gefordert und wie von der Staatspartei der ideologische Kampf vor allem um die Jugend geführt wird, zu dem Ulbricht seine Genossen auf fast jeder Tagung aufruft.

Dieselben Pfarrer, die zu Erntehilfen für die Genossenschaften und zu aktiver Mitarbeit in den Betrieben aufrufen, warnen unablässig vor der gottlosen Erziehung der Jugend.

Jeder DDR-Christ hat nach dem Willen seiner Kirche „zu unterscheiden zwischen dem gebotenen Dienst an der Erhaltung des Lebens und der gebote-

mal jeder Christ in einem sozialistischen Land zu bewahren hat.“

Für den christlichen Hausgebrauch raffte der oberste DDR-Lutheraner seine Erkenntnis zu der These: „Sozialistisch arbeiten — ja! Sozialistisch leben — nein!“

Dieses dialektische Christentum, zu dem sich seit eineinhalb Jahren alle evangelischen DDR-Kirchenoberen bekennen, findet in den Hauptstädten der DDR und der Bundesrepublik keinen Beifall. Der Generalsekretär der Ost-CDU, Gerald Götting, wünschte die Zehn Artikel „in den Papierkorb“. Bonns Gesamtdeutsches Ministerium erklärte unter dem Aktenzeichen Z 8/-1101-6562/64 II, die Zehn Artikel nebst einem theologisch-politischen Kommentar des hannoverschen Oberkirchenrats Erwin Wilkens seien für die ministerielle „Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der



Sozialistische Kindesweihe in Lützenau



Taufe in Bolterode



Sozialistische Jugendweihe in Dessau*



Konfirmanden-Unterricht in Wittenberg

Jugend in der DDR: Zu jeder christlichen Feier ein gottloses Gegenstück

nahmen, mit denen die Arbeit der Geistlichen nicht selten erschwert wird. Fast täglich braucht jeder Pfarrer eine staatliche Erlaubnis, und oft wird sie ihm nur zögernd gewährt: wenn er eine freie Stunde oder einen Raum für die Christenlehre in den sozialistischen Schulen, einen volkseigenen Dampfer für einen Ausflug, volkseigene Steine für einen Neubau, die Genehmigung für eine öffentliche Veranstaltung braucht.

Wegen ihrer politischen Zurückhaltung werden die Geistlichen öffentlich getadelt, in internen Versammlungen auch beschimpft. Propagandachef Albert Norden nannte sie vor Genossen „lächerliche Figuren einer Mottenkistenzeit“, „schwarze Drohnen“ und „unbelehrbare Finsterlinge“.

Die Schwarzen blieben den Roten als einzige Berufsgruppe vollzählig erhalten: Nur wenige Dutzend Pfarrer sind republikflüchtig geworden. Trotzdem

nen Verweigerung der atheistischen Bindung“ — so entschied die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, die mit der Bischofskonferenz fast personengleich ist und der ebenfalls der pommersche Bischof Krümmacher präsidiert, in „Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“, die Karl Barth eine „gute Wegweisung“ nannte.

Seinen pommerschen Gläubigen sagte es der Ex-Berliner Krümmacher genauer: „Positives Ja der Christen zu der Welt, in die sie Gott gestellt hat, auch zu den staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen, in denen wir nach Gottes Willen leben... Aber freilich ebenso entschlossen vom Evangelium her ein klares Nein zu jeder Verwässerung der christlichen Botschaft, zu jeder Assimilation und Verharmlosung der ersten geistigen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen, in denen sich nun ein-

Bundesrepublik nicht geeignet“; überdies müsse Krümmachers Ja-Nein-Formel „als illusionär“ bezeichnet werden**.

Nicht zwischen Ja und Nein, sondern allein für den Widerstand haben sich die christlichen DDR-Brüder nach Ansicht der geistlichen Polit-Christen Otto Dibelius und Eugen Gerstenmaier zu entscheiden.

Der Berliner Bischof ist noch immer davon überzeugt, es müsse in der DDR („Von Liberalisierung kann nicht die Rede sein“) um „dasjenige gehen, was man den Widerstand gegen die Staatsgewalt“ zu nennen pflegt“.

Der Bonner Parlamentspräsident entschied ähnlich: Zum DDR-Christen gehöre „der Wille, mit Ulbricht und seinem Regime innerlich unter keinen Umständen

* Festredner: Ulbricht.

** Erwin Wilkens: Die Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche. Kreuz-Verlag, Stuttgart; 80 Seiten; 2,50 Mark.

den Frieden zu machen“. Und: „So leid es mir tut und so schwer es jeden Tag wieder sein mag, hier gebieten das Christentum und die Menschlichkeit nicht Friede, sondern Widerstand.“

Vergebens hatte sich Ost-Krummacher in einem SPIEGEL-Gespräch (Heft 35/1963) westliche Losungen verbeten: „Es hilft uns nichts, wenn jemand von außen Ratschläge geben will. Im Gegenteil.“ Vergebens auch forderte er: „Wir wollen weder bemitleidet noch heroisiert werden.“

Die Kirche in der DDR paßt weder den westlichen noch den östlichen Ideologen ins Konzept. Die Theorien der Kommunisten und der Antikommunisten würden nur dann der Wirklichkeit entsprechen, wenn die Kirchen verriegelt und die Christen allesamt verfolgt würden.

Die einen könnten dann Ulbricht als den Nero des 20. Jahrhunderts geißeln, und die anderen brauchten nicht länger an der Lehre zu zweifeln, der zufolge zu sozialistischen Produktionsverhältnissen ein ebenso klassenreiner sozialistischer Überbau gehört, in dem für christlichen Glauben kein Platz ist.

Zweifellos suchen nicht wenige Bürger der DDR in der Kirche Zuflucht, um der sozialistischen Wirklichkeit zu entweichen. Die meisten gläubigen DDR-Christen aber haben sich weithin gelöst aus der „Haltung des Attentismus, der hinhaltenden Verteidigung, der ressentimentgefüllten Proteste, Entrüstungen und Verbitterungen, ja einer Festungsmentalität und Belagerungspsychose“, die der Cottbuser Günter Jacob schon vor dem Mauerbau gerügt hatte. Es gibt, wie der hannoversche geistliche DDR-Kenner Wilkens vermerkt, „viele Zeichen innerer Lebenskraft und missionarischer Glaubwürdigkeit“.

„Wir werden“, so verkündete Bischof Krummacher seinen evangelischen Pommern zukunftsfröh, „in unserem Land genauso viel Glaubens- und Gewissensfreiheit haben, wie wir selbst ohne Menschenfurcht praktizieren.“

Diese Hoffnung teilt der Kirchenführer mit allen anderen Bischöfen. Gemeinsam ist ihnen auch trotz gelegentlicher Abweichungen vor allem des regime-freundlichen Eisenachers Mitzenheim die große Linie ihrer Politik, bei der Christen- und Bürgerpflichten gegeneinander abgewogen werden.

Die Protestanten erreichen dabei fast den gleichen Konsensus wie ihre katholischen Amtsbrüder, die in ihren Hirtenbriefen und Predigten einheitlich argumentieren. In der katholischen Kirche besteht er bis zum letzten Priester auf dem Dorfe. Als jüngst zu einem Kongreß regime-ergebener Katholiken in Ost-Berlin getrommelt wurde, fand sich kein einziger Priester ein, so daß die Teilnehmer zur Messe den Gemeindegottesdienst in der nächstgelegenen Kirche aufsuchen mußten.

Der gleichermaßen kritischen Haltung weitaus der meisten evangelischen und aller katholischen Pfarrer entspricht die im wesentlichen gleiche Behandlung durch die Staats- und Parteifunktionäre. Bei den Oberhirten werden allerdings Unterschiede gemacht. So

▷ darf der DDR-Bürger und Erzbischof Alfred Bengsch, 43, der beste Ausichten auf den Kardinals-Purpur hat, dreimal im Monat nach West-Berlin fahren (Bensch dort zu Gläubigen: „Wenn ich zu Euch

REMY MARTIN



Der Centaur:
Symbol für Qualität

COGNAC

Fine Champagne
V.S.O.P.

nur diese
eine
Spitzen-
Qualität



REMY MARTIN

komme, dann genieße ich hier gewiß nicht das süße Leben“);

▷ bleibt dem EKD-Ratsvorsitzenden Kurt Scharf, der trotz Ausweisung auf dem Status eines DDR-Bürgers besteht, die Heimkehr nach Auskunft des Staatssekretärs für Kirchenfragen weiterhin versagt. Ausgewiesen wurde Scharf mit der Begründung, der Rat der EKD sei eine „illegale und friedensfeindliche Organisation“, zurückkehren darf er nicht, weil er inzwischen eine „prinzipielle Diffamierung der DDR“ betrieben habe. Tatsächlich aber wird Scharf von Glaubensbrüdern gelegentlich getadelt, weil er die Lage der DDR-Kirchen zu optimistisch schildere.

In der Arbeiter-und-Bauern-Republik sind die evangelischen und katholischen Bischöfe zurückhaltender geworden mit pauschalen Urteilssprüchen über den Ulbricht-Staat.

1956 noch hatte der Meißener Bischof Otto Spülbeck auf dem Kölner Katholikentag ein Gespräch wiedergegeben, das er mit einem SED-Minister geführt habe: „Herr Minister, Sie sind Marxist. Ich bin katholischer Christ. Wir haben daher in den weltanschaulichen Beziehungen nichts miteinander gemein. Es gibt keine Brücke von Ihnen zu uns.“

Weiter: „Wir sind völlig getrennte Leute. Aber wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten.“ Wenn man jetzt in diesem Haus miteinander lebe, dann gehe es nur darum, „wer macht in diesem Haus die Treppe sauber?“

Heute äußern sich die evangelischen und katholischen Oberhirten meist nur jeweils zu speziellen politischen Problemen, vor allem in gemeinsamen Hirtenbriefen oder Entschlüssen.

Diese christliche Gemeinsamkeit war allen heutigen evangelischen Kirchenführern des Ulbricht-Staates auch während der Hitlerzeit selbstverständlich, als sie in der NS-feindlichen Bekennenden Kirche tätig waren.

Einzige Ausnahme ist Friedrich-Wilhelm Krummacker, dessen Vater Theodor Hofprediger an der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und dessen Urgroßvater Friedrich-Wilhelm rheinischer Erweckungsprediger war. Für ihn mag gelten, was er 1932 in seiner Doktorarbeit über seinen Vorfahren Gottfried Daniel Krummacker (1774 bis 1837) schrieb: „Erst an dem gereiften Mann ... wird sich zeigen lassen, wie weit hier alte Geistesrichtungen innerlich verarbeitet oder ausgeschieden worden sind.“

Veröffentlicht hat Krummacker, der 1933 aus einer Essener Pfarrei in das Berliner Kirchliche Außenamt überwechselte, seine Dissertation 1935, und im Vorwort deutete er nun an, daß zwischen dem Erwachen des preußischen Nationalbewußtseins zu seines Urahns Zeiten und der nationalsozialistischen Ära eine Parallele gezogen werden könne.

Später wurde Krummacker wesentlich deutlicher. NS-freundliche Predigten, die er damals hielt, warf ihm noch zweieinhalb Jahrzehnte später ein hoher SED-Funktionär vor.

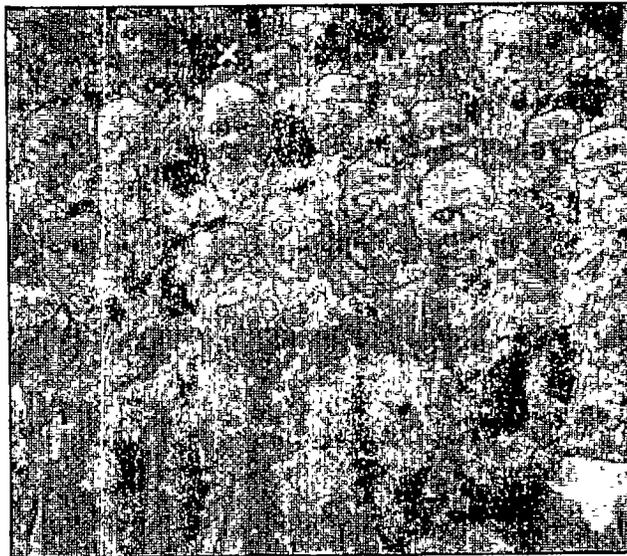
Manche Glaubensbrüder des Lutheraners denken kritischer über eine Zeit, die der Krummacker-Biograph Jürgen

* Auf einer Pfarrer-Tagung im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Lunjowo, Juni 1944.

Bachmann nur beiläufig erwähnt: „... geriet 1943 in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1945 in die Heimat zurückkehrte.“

Denn im Herbst 1943 schloß sich der Divisionspfarrer Krummacker dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ an und übernahm die Leitung des „Arbeitskreises für kirchliche Fragen“. Vor seinen geistlichen und weltlichen Kameraden rechtfertigte er den Übertritt in das von Walter Ulbricht politisch geführte schwarzweißrote Lager in Lunjowo bei Moskau damit, daß er in Kiew Massengräber von Opfern des SD gesehen und dort sein Damaskus erlebt habe.

Krummacker predigte über den Sender des Nationalkomitees (Erkennungsmelodie: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“). Er schrieb und unterschrieb Flugblätter und amtierte als Seelsorger für die evangelischen Komitee-Generäle



Kriegsgefangener Krummacker (X)*: Damaskus in Kiew

und -Offiziere. Vor allem aber wurde er gemeinsam mit anderen Pfarrern von den Exil-Kommunisten beauftragt, über die Aufgaben der Kirche im künftigen Deutschland Exposé zu fertigen.

Ende 1944 wandten sich Krummacker und andere Geistliche in einem Aufruf „an das deutsche Volk“ und verhiessen eine friedvolle Zukunft: „Aus unserer eigenen besseren Kenntnis der Lage versichern wir euch, daß unter der Besatzung, gerade auch der Roten Armee, kein Christ um seines Glaubens willen zu leiden hat.“

Der in russisches Zivil gekleidete Frühheimkehrer Krummacker meldete sich bei seiner Kirche in Berlin zum Dienst zurück. Otto Dibelius ernannte ihn zum Superintendenten. Doch schon zur Jahreswende 1945/46 durfte Krummacker den Sprengel übernehmen, der sich etwa mit dem von den Sowjets besetzten Teil Berlins deckte, und vor den „Intendenten“ zum „Super“ noch „General“ setzen.

Politisch rührte sich der General-superintendent im „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, dem damals neben SED-Parteidichter Johannes R. Becher auch die Christdemokraten Ernst Lemmer und Ferdinand Friedensburg angehörten.

Den Kulturbund verließ der Geistliche bald wieder, Berlin erst nach fast

einem Jahrzehnt im Schatten von Otto Dibelius, dem Paten eines Krummacker-Sohnes. 1955 übersiedelte die neunköpfige Familie** nach Greifswald. Dort schmolz sie inzwischen auf vier Köpfe zusammen: Die beiden ältesten Söhne gingen in den Westen, die beiden ältesten Töchter wurden pommersche Pfarrersfrauen, und ein Sohn studiert Theologie in Halle.

Autorität bei Bauern, Amtsbrüdern und Staatsfunktionären gewann der Wahl-Pommer, als im Frühjahr 1960 im Norden der DDR die Zwangskollektivierung begann und der Bischof seine dialektische Ja-Nein-Haltung offenbarte.

Bei den Ratsvorsitzenden der Bezirke verwahrte sich Krummacker gegen die „Mittel bei der sich jetzt vollziehenden Sozialisierung der Landwirtschaft“. Über die Dörfer gehe „zur Zeit eine Welle der Angst, der Verzweiflung und der Resignation, weil Bauern gegen ihren Willen ...

auch unter Heranziehung von Staatsanwälten, Polizei und Organen der Staatssicherheit zum Eintritt in eine LPG veranlaßt“ würden. Es sei Sache der Kirche, „für solche angefochtenen Gewissen einzutreten ... ohne daß ich zu der wirtschaftlichen Seite dieses Prozesses Stellung nehme“.

Elf Tage später übernahmen die anderen evangelischen Bischöfe Krummackers Text fast wörtlich in einem gemeinsamen Brief an den Ministerpräsidenten. Die bischöflichen Proteste wurden in der DDR-Presse nicht veröffentlicht, die statt dessen die Kollektivierung von SED-hörigen Pfarrern biblisch begründen ließ: „Unser Meister Jesus Christus hat uns gelehrt: ‚Wer die Hand an den Pflug legt und sieht zurück, der ist nicht geschickt zum Reiche Gottes!‘“ Oder: „Pflüget ein Neues (Jeremias 4, 3).“ Und auch Parteichef Ulbricht bewies profunde Kenntnis der Heiligen Schrift: „Zufolge der Bibel war Jesus kein Großgrundbesitzer.“

Nachdem die Kollektivierung beendet war, fühlte sich Krummacker wie die anderen Bischöfe verpflichtet, den Genossenschaftsbauern zu helfen, „daß sie nicht resignieren, sondern sich auch unter veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen an ihre Arbeit gebunden wissen, in der Gewißheit, daß Christen in jeder Lage als Salz und als Licht in die Welt gesandt sind“.

Wenige Wochen nach diesem Ja zur sozialistischen Arbeit auf dem Lande, das Dutzende von geistlichen Erntehelfern durch die Tat bekräftigten, verkündete der pommersche Bischof „im Einverständnis mit den anderen evangelischen Bischöfen“ ein Nein zu der These Ulbrichts, das Christentum und die „humanistischen Ziele“ des Sozialis-

** Frau Helga, Kinder Sigrd (heute Stralsund), Hans-Henrich (Germanist, Köln), Irma (Wusterhausen, Kreis Wolgast), Friedhelm (Musikwissenschaftler, Uppsala), Helga, Bernd-Dietrich, Christoph.

mus seien keine Gegensätze. Krummacher an Ulbricht: Christen könnten nicht „einen Humanismus bejahen... der unauflöslich mit seinen atheistischen weltanschaulichen Wurzeln verbunden wird und der dabei zur Durchsetzung seiner Ziele die Staatsmacht voll beansprucht“.

Krummacher wie Ulbricht hatten kurz zuvor die höchsten Ämter in Kirche und Staat besetzt: Der eine war als Nachfolger des West-Berliners Dibelius zum Vorsitzenden der DDR-Bischofskonferenz, der andere zum Vorsitzenden des Staatsrats gewählt worden.

Der atheistischen Obrigkeit, die schon lange zuvor die Zusammenarbeit mit dem als „Nato-Bischof“ apostrophierten Dibelius abgelehnt hatte, stand nun ein nur mit DDR-Bürgern besetztes christliches Gremium gegenüber.

Doch der erste Versuch Krummachers, mit Ulbricht ein Spitzen-Gespräch zu führen, scheiterte. Der oberste DDR-Bürger beantwortete den Brief des ranghöchsten Bischofs nicht.

Der Partei- und Staatschef suchte und fand zunächst 1961 in dem Leipziger Theologieprofessor Emil Fuchs, dem Vater des aus England in die DDR emigrierten Atom-Spions Klaus Fuchs, und 1964 dann auch in dem Eisenacher Bischof Mitzenheim geistliche Partner, die seine Losung der gemeinsamen „humanistischen Ziele“ bejahten.

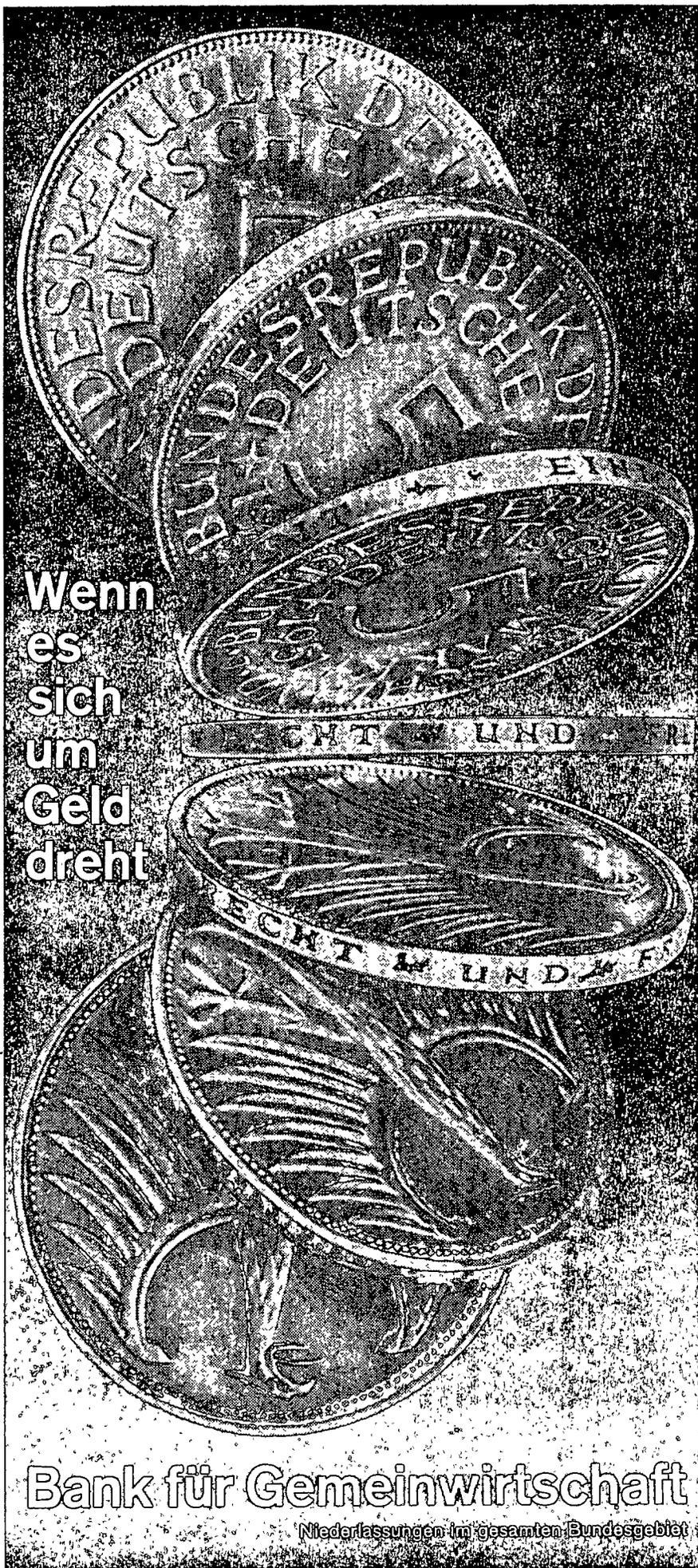
Ulbricht ging es dabei um mehr als um einen Wortstreit. Wer seine Parole guthieß, öffnete damit das Tor zur politischen Aktivität der Pfarrer etwa in den Ausschüssen der Nationalen Front, in Friedenskomitees oder in der Ost-CDU. Nicht zufällig ist Mitzenheim der einzige Bischof, der an Parteikongresse der östlichen Christdemokraten Grußworte schickt und vor Einheitswahlen die christliche Harfe zupft.

Trotz seiner politischen Exkurse steht der Thüringer bei ideologischen Fragen meist in einer Front mit seinen bischöflichen Kollegen. Aber auch bei gemeinsamen Aktionen ist den Kirchenführern Erfolg in der Regel nur dann beschieden, wenn die dogmatischen Leitsätze der Staatspartei nicht tangiert werden und lediglich wenigen christlichen Bürgern ein Sonderstatus zugestanden werden soll. Klassisches Beispiel: das jahrelang abgelehnte und schließlich doch gewährte Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes.

Im Mai 1956 bat der Rat der EKD die DDR-Regierung vergebens, einen Passus in die Verfassung aufzunehmen, dem zufolge „ein Bürger zum Militärdienst nicht herangezogen“ werden dürfe, „wenn er dagegen Gründe vorbringt, die ihn nach seinem religiösen Glauben oder nach seiner sittlichen Überzeugung in seinem Gewissen binden“.

Als fünf Jahre später, im Herbst 1961, nach dem Mauerbau die Rekrutwerbung auf Hochtouren lief, gab die Theologische Fakultät der Ost-Berliner Humboldt-Universität eine Erklärung ab: Sie erkenne „das Verteidigungsrecht des Staates an, der unter dem Auftrag steht, für die Wahrung von Recht und Frieden Sorge zu tragen“, setze sich aber zugleich „für diejenigen ein, die aus Gewissensgründen — sei es prinzipieller, sei es situationeller Art — glauben, den Dienst mit der Waffe nicht leisten zu dürfen“. Die Ost-Berliner Theologen regten einen Ersatzdienst an,

Wenn
es
sich
um
Geld
dreht



Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet

„durch den die Einsatzbereitschaft für Volk und Staat unter Beweis gestellt wird“.

SED-Funktionäre schlugen Alarm, legten die Resolution zu den Akten und erzwangen eine neue Erklärung der Fakultät. Von Ersatzdienst war nun nicht mehr die Rede.

Als dann am 24. Januar 1962 die allgemeine Wehrpflicht in der DDR eingeführt wurde, bemühten sich Krummächer und Mitzenheim um ein Gespräch mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Stoph. Zwei Monate später wurde es ihnen gewährt.

Doch Stoph war nicht zu den Konzessionen bereit, die von den beiden Bischöfen erbeten wurden. Er gab nur zu verstehen, daß die Musterungskommissionen zwischen christlich-pazifistischen und politisch-böswilligen Wehrdienstverweigerern zu unterscheiden wüßten. Er bot der Kirche an, sie könne für junge Leute, die einen kirchlichen Beruf lernen, Anträge auf Zurückstellung einreichen.

Seither gelang es der Kirche häufig, Theologiestudenten, künftige Katecheten und Diakone vom Wehrdienst zu befreien. Die Anerkennung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung per Gesetz aber, so erklärte der Volkskammerabgeordnete und Wehrexperte Leonhard Helmschrott noch 1963, sei in der DDR nicht denkbar; sie „würde bedeuten, sich vor seinen schlimmsten Feind hinzustellen und zu rufen: ‚Du bist mein größter Feind und willst mich töten. Wohl habe ich eine bessere Waffe als du, aber ich weigere mich, diese Waffe in die Hand zu nehmen‘“. Fragte Wehr-Helmschrott: „Können Sie sich einen solchen Idioten vorstellen?“

Am 7. September dieses Jahres brachte der Nationale Verteidigungsrat der DDR für die angeblich idiotischen Bürger Verständnis auf. Er führte den waffenlosen „Bausoldaten“, der einen Spaten auf der Schulterklappe trägt, und damit jenen Ersatzdienst ein, den noch vor drei Jahren die Ost-Berliner Theologische Fakultät nicht anregen durfte.



Ost-Berliner Pfarrerswohnung, Hinweis (u.) „Die Christen der DDR...“

Die „Bausoldaten“ leisten nicht wie ihre bewaffneten Kameraden einen Fahneeid, sondern geloben lediglich, „durch gute Arbeitsleistungen aktiv dazu beizutragen, daß die NVA (Nationale Volks-Armee) an der Seite der Sowjet-Armee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder den sozialistischen Staat gegen alle Feinde verteidigen und den Sieg erringen kann“.

Die ersten Einheiten sind inzwischen aufgestellt.

„Wenn auch nicht alle Wünsche der Kirchen erfüllt sind“, sagte der Cottbuser Jacob, „so ist doch ein großer Fortschritt erzielt.“

Vergebens blieben hingegen die Proteste der Protestanten gegen Gesetze, mit deren Hilfe Ulbricht seinen Werk-tätigen ein größeres Quantum sozialistischen Bewußtseins eintrichtern will. Unbeachtet blieben auch die kirchlichen Einwände gegen die unlängst vom Ministerrat konzipierten Perspektiven sozialistischer Bildung: Gerade in die Erziehungspolitik will sich die SED nicht hineinreden lassen, und der ideologische Kampf an den DDR-Schulen um sozialistischen Nachwuchs soll nun noch weiter verschärft werden.

Im März 1958 klärte das Politbüro zunächst die Parteigenossen darüber auf, daß die Religion „die bewußte Entfaltung der Volkskräfte“ hemme und daß den christlichen Werk-tätigen mittels des Marxismus-Leninismus klassenbrüderlich geholfen werden müsse, „sich von der geistigen Lähmung durch religiöse Anschauungen“ zu befreien.

Vier Monate später wurde auf dem V. Parteitag „die sozialistische Erziehung als das Hauptkettenglied“ definiert, und ZK-Kandidat Professor Neuner blieb im Bild, als er zum „entscheidenden Kettenglied“ die „politisch-moralische Formung unserer jungen Generation“ zu kleinen Marxisten erklärte.

Die Ketten wurden in der Sowjet-Union geschmiedet: Die Lehrer aller Fächer erfuhren in ihren Zeitschriften, wie ihre Kollegen „das geistige Antlitz des sowjetischen Menschen“ („Prawda“) zu formen verstehen.

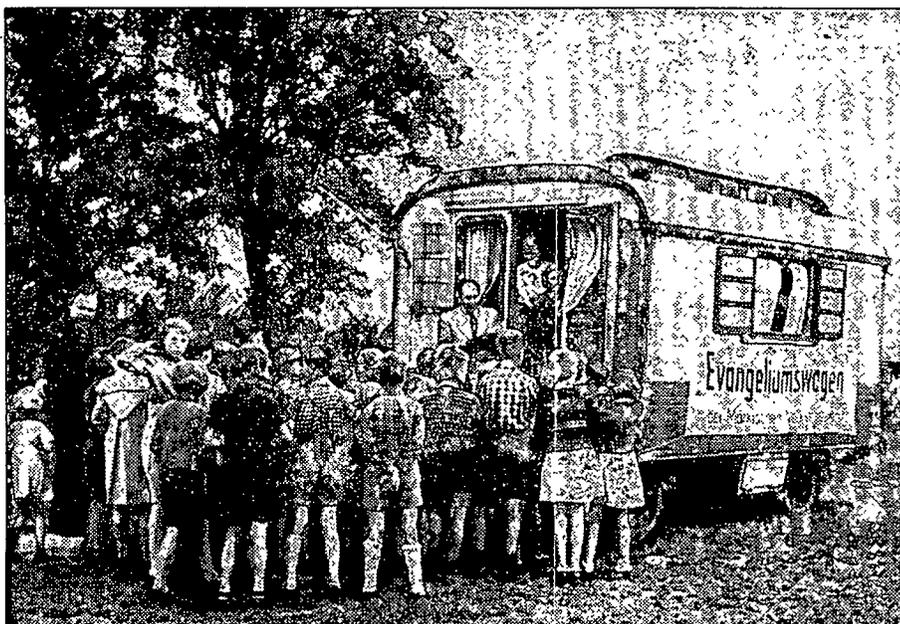
So wurden die Biologen auf den Erfolgs-Atheisten Grigarow verwiesen, der auch mit Hilfe von Raupen den Gottes-Gegenbeweis anzutreten vermag.

Beim Thema Raupen soll laut Genosse Grigarow daran erinnert werden, daß früher Priester Bittgänge auf stark befallenen Feldern unternahmen: Am folgenden Tag seien die Raupen dann verschwunden gewesen, aber nicht Gott habe das Gebet der Priester erhört, sondern die Geistlichen hätten nur rechtzeitig den Termin festgestellt, an dem sich die Raupen „in unschädliche Puppen“ verwandelten.

Wenn auch der dialektische Materialismus in DDR-Schulen allenfalls von Eiferern nach solchen Sowjet-Vorbildern verbreitet wird — sicher ist, daß Ulbricht alle Kinder streng in seinem marxistischen Geiste erziehen läßt. Junge Christen sind deshalb, wie der sächsische Landesbischof Gottfried Noth beklagte, „von Jahr zu Jahr mehr dem Spott ihrer Schulkameraden ausgesetzt“.

Doch auch Kinder christlicher und anderer nichtmarxistischer Eltern, der Mehrheit des Volkes also, müssen ihr Pensum lernen und sogar oft sozialistisches Bewußtsein heucheln. Kein Lehrer darf sich — so FDJ-Chef Horst Schumann — „damit zufriedengeben, daß ein junger Mensch folgsam das nachbetet, was man ihm vorezählt hat, während in seinem Kopf ganz andere Gedanken wohnen“.

Solche Parolen werden aber vielfach zu Phrasen, weil auch unter den Lehrern die radikalen Parteigänger Ulbrichts eine Minderheit sind. Nach evangelischen Schätzungen sind zwar nur noch 7000 von 104 500 DDR-Lehrern Christen, doch der Besitz einer Be-



...sind die Vorhut der Kirche in Deutschland“: Märkische Volksmission

scheinung über den Austritt aus der Kirche beweist in der DDR nicht mehr als der Besitz des Tauschscheins in der Bundesrepublik.

„Die größten Nöte der Kirche in der DDR“, so stellte der Theologe Helmut Gollwitzer fest, „entstehen heute nicht durch staatliche Verfolgung, sondern durch den Mangel an Zivilcourage und durch die Gleichgültigkeit vieler Gemeindeglieder.“ Vor den oft mit staatlichem Zwang erhobenen Ansprüchen der atheistischen Oberen kapituliert ein wesentlicher Teil jener Christen ohne Kirche, deren Zahl in beiden Teilen Deutschlands gleich groß ist.

Für die Mehrheit der DDR-Bürger ist auch heute noch die Kirche gleichsam die gute, ehrenwerte Tante, die nur zu den Familienfesten — Taufe, Kommunion oder Konfirmation, Hochzeit und Beerdigung — geladen wird, die sonst aber der Sippe fremd bleibt. Ein „wohl-dosiertes System von Begünstigung des Kirchenaustritts und Benachteiligung der Kirchgänger“ (Gollwitzer) genügt schon, um vielen den Besuch der alten Dame zu verleiden.

Auch der Pommer Krummacher hält es für „Christenpflicht, ganz nüchtern den großen Ernst solchen Wandels der Volkskirche alter Art, wo noch fast jeder zur Kirche gehörte und seine Kinder taufen ließ, zu sehen“.

Doch Krummacher, Jacob und Mitzenheim ziehen aus dem „Zerfall des traditionellen Kirchenpublikums“ (Jacob) unterschiedliche Konsequenzen.

Am alten Ideal der Volkskirche, in die man hineingeboren wird und für die man sich nicht zu entscheiden braucht, ist Mitzenheim wie kein anderer DDR-Bischof orientiert. Und je stärker er sich und seine Landeskirche dem Regime guten Gewissens anzupassen vermag, desto größer ist die Chance, den Christen Gewissenskonflikte zu ersparen und sie in der Kirche zu halten. Mitzenheim handelt weniger aus Begeisterung für den Sozialismus als vielmehr aus altväterlich-lutherischer Tradition.

Im Gegensatz zu dem Thüringer sieht der Lausitzer Jacob die Chance der Kirche darin, „daß wir uns ganz auf das Wachstum einer mündigen Gemeinde konzentrieren, die zahlenmäßig zunächst sehr klein, gegenüber den früheren volksskirchlichen Tatbeständen erschreckend klein sein wird“. Aus dieser urchristlich anmutenden „Kerngemeinde“, in der die Christen „getrost und fröhlich“ leben, könnten sich dann am besten neue Strukturen entwickeln.

Weder so radikal wie Jacob, der am liebsten auch die Leitung der Kirchen Kollegien statt Bischöfen übertragen möchte, noch so konservativ wie Mitzenheim urteilt Krummacher. Er will die Volkskirche weder aufgeben noch um jeden Preis erhalten, sondern Formen der Volks- und der Freiwilligkeitskirche vereinen.

Und tatsächlich entwickeln sich in fast allen Teilen der DDR neue Formen des Kirchenlebens, zu denen etwa Predigthilfen der ganzen Gemeinde für den Pastor, lose Gemeinschaften an den Arbeitsplätzen und christliche Gruppen über die Gemeinden hinaus gehören.



Advent der Jungen Gemeinde in Ost-Berlin 1964: „Wir wollen weder bemitleidet...“

Auf diesem Felde genießen die DDR-Kirchen zumindest neuerdings völlige Freiheit, die nur gelegentlich durch sogenannte administrative Maßnahmen gestört wird. Allein in diesem Jahr wurden beispielsweise Hunderte, zum Teil mehrwöchige „Bibelrüstzeiten“ für Schüler abgehalten.

Wie im Gemeindeleben der Kirche sind auch in ihren Finanzquellen Elemente der alten Volks- und der Freiwilligen-Kirche vereint:

Eine kleine Schar aktiver Christen spendet ihrer Kirche bedeutend höhere Beträge als in früheren Zeiten. Das Einkommen aus Kollekten wächst.

Die große Zahl der eher nominellen Christen zahlt die Kirchensteuer, die nicht mehr mit Hilfe des Staates eingetrieben werden darf, etwa in dem Maße, wie sie die fest- und feiertäglichen Dienste der Kirche in Anspruch nimmt. Die Einnahmen aus dieser Quelle stagnieren oder gehen zurück.

Der DDR-Staat zahlt der Kirche weniger als in den ersten Nachkriegsjahren, aber noch immer 15 Prozent der Pfarrergehälter, die etwa halb so hoch sind (rund 700 Mark) wie in der Bundesrepublik.

Westdeutsche Christen schicken Päckchen und Pakete mit bundesdeutschen Waren oder nutzen die Chance, gegen Westgeld für Kirchenbedienstete in der DDR beispielsweise Autos und Waschmaschinen aus der dortigen volkseigenen Produktion zu kaufen.

Doch nicht nur christliche Individuen finden Wege, den Christen und Kirchen in der DDR zu helfen. Und die westlichen Landeskirchen machen den östlichen Gläubigen nicht nur die Summen aus Kollekten zugänglich. Sie zweigen auch beträchtliche Beträge aus ihren Etats — die hannoversche Landeskirche zum Beispiel 4,5 Millionen Mark jährlich — für die Kirchen in der DDR ab.

So nutzen die Kirchen die Chancen des „innerkirchlichen Lastenausgleichs“ (Präses Wilm, Bielefeld), die sich trotz einander feindlicher Obrigkeiten in Bonn und Ost-Berlin bieten.

Nach Ansicht des ausgemauerten EKD-Ratsvorsitzenden Kurt Scharf aber sind die Kirchen „nicht nur finanziell und juristisch, sondern vor allem geistig und geistlich verbunden“. Und hier verkehren sich die Fronten:

Scharf: „Die Christen in der DDR sind der geistige Vortrupp der Evangelischen Kirche in Deutschland.“



... noch heroisiert werden“: West-Weihnachtsbaum an der Berliner Mauer